

schaften ab, sagte HBV-Sprecherin Christiane Zerfaß dem „Kölner Stadt-Anzeiger“. Sondierungsgespräche in der vergangenen Woche hätten keine Annäherung gebracht, auch wenn die Arbeitgeber jetzt diesen Eindruck zu erwecken versuchten.

Der Verhandlungsführer der Banken unterstrich derweil, es geht nicht darum, für alle Banken Samstagarbeit einzuführen, man wolle lediglich im Innenstadtbereich einige Institute öffnen. Die betroffenen Mitarbeiter sollten die Arbeitszeit in Freizeit erstattet bekommen. Denkbar wäre auch, Samstagarbeit künftig bei der leistungsbezogenen Bezahlung zu berücksichtigen.

Für die Gewerkschaften ist Samstagarbeit für festumrissene Geschäftsbereiche verhandelbar, sie verlangen dafür aber einen Samstagzuschlag, was, so Zerfaß, etwas anderes sei als Einfluß in die leistungsbezogenen Bezahlung, die beide Seiten anstreben.

## Freiheit Köln entlassen



Ingrid Hofmann (rechts) traf ihre 1. Schulz. (Bild: Worring)

nann. Ihr Anwalt Heinz-Jürgen Schneider plädierte dafür, diese Debatte ein Jahr nach Auflösung der RAF nicht abreißen zu lassen.

Beamte in der Obhut der Justiz. Unklar ist noch, von wem der Auftrag kam. Die Presse sprach von einer „Staatsaffäre“. Mehrere Oppositionspolitiker hatten Jospin zum Rücktritt aufgefordert.

Die Affäre hatte am Montagabend eine dramatische Wendung genommen: Nach mehrtägiger Untersuchungshaft gaben die drei Mitglieder der Sondereinheit GPS

## Prodi verspricht eine Reform der EU-Kommission

**Straßburg** – Der designierte Präsident der EU-Kommission, Romano Prodi, hat einen Tag vor seiner Wahl durch das Europaparlament eine grundlegende Reform der Brüsseler Behörde und die Beseitigung alter Mißstände versprochen. Er werde dafür sorgen, daß bestehende „Grauzonen“ entfernt würden, betonte der Italiener am Dienstag vor dem Europaparlament. Die neue Kommission werde von Effizienz und Rechenschaftspflicht geprägt sein, versicherte der frühere italienische Regierungschef, der nach dem Rücktritt der durch Finanzskandale geschwächten EU-Kommission im März nominiert wurde. Die Wahl Prodis gilt als sicher, nachdem ihm gestern erneut alle maßgeblichen Fraktionen die Unterstützung zusagten. (afp)

## Bundesverwaltungsgericht

# Eheleute können nur eine Hauptwohnung haben

## Kommunaler Wettbewerb um Steuerzahler

**Berlin** – Ehepaare gelten im Sinne des Meldegesetzes als Familie und müssen eine einzige gemeinsame Hauptwohnung haben. Das hat das Bundesverwaltungsgericht in Berlin entschieden. Es gab damit der Stadt Ellwangen recht, die es nicht akzeptieren wollte, daß ein Ehepaar zwei getrennte Hauptwohnungen in verschiedenen Städten hatte. Das Ehepaar Schreiner ist nach eigenen Angaben seit fünfzehn Jahren verheiratet, hat aber die beiden Wohnungen der Partner beibehalten. Der Ehemann wohnt und arbeitet in Göppingen, die Ehefrau im etwa 75 Kilometer entfernten Ellwangen. Dort trifft sich das Paar am Wochenende. Die Stadt Ellwangen argumentierte deshalb, das sei die Familienwohnung. Der Ehemann versicherte aber, er sei hauptsächlich in Göppingen. Dort müsse er seine Behördengänge erledigen, und dort wolle er wählen. Deshalb wolle er dort seinen Haupt- und nicht nur einen Zweitwohrt anmelden. Vor dem Verwaltungsge-

richtshof Mannheim hatte er recht bekommen. Ein Ehepaar sei noch keine Familie, entschieden die Richter dort. Deshalb gelte die Meldevorschrift nicht, wonach die „vorwiegend benutzte Wohnung der Familie“ die Hauptwohnung beider Ehepartner ist. Dem widersprachen nun die Bundesrichter. Auch für Ehegatten gelte die häusliche Gemeinschaft und damit die Vorschrift der Familienwohnung. Knackpunkt des Streits waren nach Darstellung beider Seiten die finanzpolitischen Auswirkungen für die Kommunen. Nicht nur die Steuereinnahmen, auch die Zuschüsse von Land oder Bund richteten sich nach der Einwohnerzahl. Der Anwalt der Stadt Ellwangen sagte, er wundere sich nicht, daß man Schreiner in Göppingen erkläre, er könne dort seine Hauptwohnung haben. Wegen des „finanzpolitischen Hintergrunds“ sei Göppingen daran interessiert, einen Einwohner an sich zu binden. (Az: BVerwG 1 C 25.98) (ap)

## Proteste gegen Verzicht auf Staatsausrufung

**Hebron/Gaza** – Am Tag, an dem ursprünglich die palästinensische Staatsausrufung geplant war, haben im Westjordanland und im Gazastreifen Hunderte Palästinenser für ihre Unabhängigkeit demonstriert. Sie äußerten sich enttäuscht über die Entscheidung der palästinensischen Führung, vorerst auf die Staatsgründung zu verzichten. Bei Auseinandersetzungen mit der Polizei gab es acht Verletzte unter den Palästinensern. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu bezeichnete den Aufschub der Staatsausrufung indes als Erfolg seiner Regierung. „Heute ist der 4. Mai, und es findet keine Ausrufung eines palästinensischen Staates statt“, sagte er. „Das ist ein wichtiger Erfolg für den Staat Israel und für seine Regierung.“ (ap)

05.05.99